

Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Indikatorenbericht 2012



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Vorwort	4
Indikator Nr. 1: Energieproduktivität	6
Indikator Nr. 2: Rohstoffproduktivität	7
Indikator Nr. 3: Energiebedingter CO ₂ -Ausstoß	8
Indikator Nr. 4: Erneuerbare Energien	9
Indikator Nr. 5: Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	10
Indikator Nr. 6: Repräsentative Arten	11
Indikator Nr. 7: Struktureller Finanzierungssaldo	12
Indikator Nr. 8: Schuldenstand je Einwohner	13
Indikator Nr. 9: Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen	14
Indikator Nr. 10: Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	15
Indikator Nr. 11: 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiären Abschluss	16
Indikator Nr. 12: Studienanfängerquote	17
Indikator Nr. 13: Schulabschlüsse	
a. 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss	18
b. Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss	19
Indikator Nr. 14: BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen	20
Indikator Nr. 15: Betriebsleistung im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV	21
Indikator Nr. 16: Beförderte Personen im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV	22
Indikator Nr. 17: Stickstoffüberschuss	23
Indikator Nr. 18: Ökologischer Landbau	24
Indikator Nr. 19: Städtische Luftqualität	
a. Feinstaub (PM10)	25
b. Stickstoffdioxid	26
c. Ozon	27
Indikator Nr. 20: Vorzeitige Sterblichkeit	28
Indikator Nr. 21: Anteil der Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulung	29
Indikator Nr. 22: Straftaten	30
Indikator Nr. 23: Erwerbstätigenquote	
a. Erwerbstätigenquote insgesamt	31
b. Erwerbstätigenquote Frauen	31
c. Erwerbstätigenquote Ältere	32
Indikator Nr. 24: Ganztagsbetreuung für Kinder	33
a. 0- bis 2-Jährige	
b. 3- bis 5-Jährige	
Indikator Nr. 25: Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	34
Indikator Nr. 26: Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	35
Indikator Nr. 27: Einfuhren aus Entwicklungsländern	36
Übersicht über die Zielwerte zu den Thüringer Nachhaltigkeitsindikatoren	37

Vorbemerkung

Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie bedient sich hinsichtlich der Messbarkeit der nachhaltigen Entwicklung von Thüringen eines Indikatorensatzes, der sich eng an den Indikatorensatz der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie anlehnt.

Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie, die Ende 2011 verabschiedete wurde, beschreibt die Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung bisher rein qualitativ. Getreu dem Grundsatz, dass nur gesteuert werden kann, was auch gemessen werden kann, wird mit diesem Indikatorenbericht ein Katalog von Zielwerten zu den Indikatoren der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt.

Der Bericht wurde in Zusammenarbeit der Ministerien der Landesregierung unter Beachtung der von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Zielwerte erarbeitet. Er soll alle Akteure, die bei der Umsetzung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt sind, über die Ausgangslage informieren und motivieren, mit eigenen Projekten und in der täglichen Arbeit an der Nachhaltigen Entwicklung des Freistaats mitzuwirken. Die Indikatorenbeschreibungen orientieren sich in den meisten Fällen an den Texten des Indikatorenberichtes 2012 zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

Bei der Zielwertfestlegung wurde insbesondere auf die nationalen Nachhaltigkeitsziele und die besondere Situation Thüringens Bezug genommen. Dabei gilt auch in Thüringen, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – gerade auch aus Gründen der Nachhaltigkeit – eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre ist. Das erfordert ein neues Herangehen von Politik und Verwaltung an die Lösung der anstehenden Aufgaben, was sich mit dem Begriff Governance umschreiben lässt.

Deshalb ist es wichtig, das Leitbild der Nachhaltigkeitsstrategie als Grundlage für ein Handeln anzunehmen, welches als wichtige Querschnittsaufgabe alle Bereiche von Politik und Gesellschaft adressiert. Den Themenbereichen Rechtsanpassungen, allgemeinspolitische Prozesse, ordnungspolitische Maßnahmen und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure ist besonderes Augenmerk zu widmen.

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Bericht zu den Indikatoren und Zielen Thüringens für eine Nachhaltige Entwicklung ist das Ergebnis eines in Thüringen bislang einmaligen Dialog- und Konsultationsprozesses auf verschiedenen Ebenen von Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Die Federführung oblag, wie schon bei der Vorbereitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates, dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung und den Arbeitsgremien der Staatssekretärsarbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung.

Bei der Erarbeitung der Indikatoren für eine Nachhaltige Entwicklung in Thüringen standen wir vor der Herausforderung, eine möglichst weitgehende Übereinstimmung mit dem Indikatorenset der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichen, um die Vernetzung zwischen den Nachhaltigkeitspolitiken der Länder und des Bundes weiter zu unterstützen und gleichzeitig die besonderen Gegebenheiten im Freistaat zu berücksichtigen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat mit ihren Beschlüssen zu einem zwischen den Ländern abgestimmten Indikatorenkatalog die Diskussion insgesamt – und auch in Thüringen – deutlich vorangebracht. Unser gemeinsamer Dank gilt den vielen Akteuren im Freistaat, die an der Indikatorendiskussion mitgewirkt haben. Es ist gelungen, die Zahl der Indikatoren zu begrenzen, die Kohärenz zu den Indikatoren in anderen Ländern und im Bund als strategischen Rahmen beizubehalten und dennoch auch Besonderheiten im Freistaat zu berücksichtigen.



Die Ziele, die wir uns mit diesem Bericht für eine Nachhaltige Entwicklung in Thüringen setzen, weichen naturgemäß von den Zielen auf nationaler Ebene oder den Zielen in anderen Ländern ab. Hier kommt die besondere Situation in Thüringen zum Ausdruck; so zum Beispiel beim Anteil erneuerbarer Energien, beim Flächenverbrauch oder der Betreuungsquote von unter Dreijährigen bzw. der Drei- bis Sechsjährigen. Hier konnte der Beirat für Nachhaltige Entwicklung im Frühjahr 2012 – auf der Basis eigener Erfahrungen und vor allem aufbauend auf dem Dialog mit vielen nicht-staatlichen Akteuren – umfangreiche Vorarbeiten vorlegen.

Auf dieser Grundlage und in – das soll nicht verschwiegen werden – zum Teil sehr kontroversen Diskussionen wurden die Ziele von den Arbeitsgremien der Staatssekretärsarbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung und dem Beirat in der hier dokumentierten Form erarbeitet. Die Staatssekretärsarbeitsgruppe hat dieses Ergebnis der Landesregierung zur Zustimmung vorgeschlagen. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 09.10.2012 die Indikatoren und Ziele verabschiedet.

Nun geht es darum, durch konkrete Schritte darauf hinzuwirken, dass die hier niedergelegten Ziele auch erreicht werden können. Eine der zentralen Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik in Thüringen ist die gemeinsame Verantwortung aller Akteure in Staat und Gesellschaft. Jeder an seinem Platz soll im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und zur Erreichung der Ziele beitragen. Das war und ist der zentrale Konsens, wie er auch in der Abschlusserklärung der zivilgesellschaftlichen Akteure zum Dialog- und Konsultationsprozess im Jahr 2011 dokumentiert ist.

Alle zwei Jahre werden wir über den Fortschritt bei der Zielerreichung berichten; uns über Erreichtes gemeinsam freuen, aber nötigenfalls auch darüber beraten, wo und wie wir unsere Anstrengungen gemeinsam intensivieren müssen, um unsere Ziele zu erreichen.

Leisten auch Sie Ihren Beitrag zur Erreichung der hier niedergelegten Ziele, setzen Sie die Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam mit den Partnern aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft um. Leisten Sie einen Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen. Wir haben nur eine gemeinsame Zukunft. Die wollen wir – gemeinsam mit Ihnen – so gestalten, dass alle heutigen Menschen und künftige Generationen eine lebenswerte Umwelt vorfinden und ihr Leben in Frieden und sozialer Gerechtigkeit eigenverantwortlich gestalten können.



Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin
des Freistaates Thüringen



Prof. Dr.-Ing. Viktor Wesselak
Sprecher des Thüringer Beirats
zur Nachhaltigen Entwicklung

Energieproduktivität



Die Energieproduktivität ist ein Indikator für die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft. Zu ihrer Ermittlung wird der Quotient aus dem Bruttoinlandprodukt (BIP) und dem (Primär-)Energieverbrauch gebildet und in Mio. EUR je Petajoule (PJ) angegeben. Der Einsatz von Energie ist für den Wirtschaftsprozess von großer Bedeutung, denn nahezu jede Produktionsaktivität ist mit dem Verbrauch von Energie verbunden. Die privaten Haushalte verbrauchen Energie insbesondere für Heizung und Warmwasser, für elektrische Geräte sowie den Betrieb von Kraftfahrzeugen. Der Verbrauch von Energie geht mit vielfältigen Umweltbelastungen in Landschaft und Ökosystemen, Böden, Luft und Wasser einher. Er ist verbunden mit dem Abbau energetischer Rohstoffe, mit Emissionen von Schadstoffen und klimawirksamen Treibhausgasen, Abfällen sowie dem Einsatz von Kühlwasser. Und nicht zuletzt ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe im Hinblick auf die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen von Bedeutung.

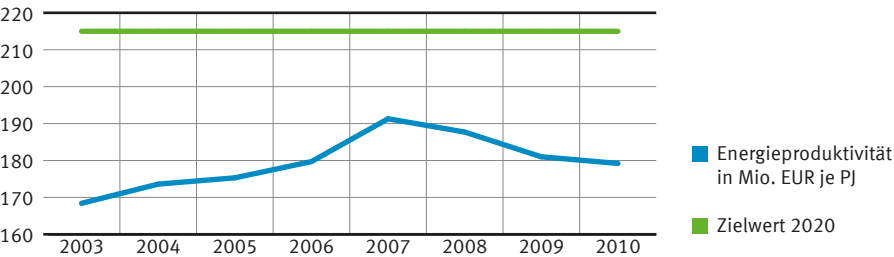
Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat eine Verdopplung der Energieproduktivität (BIP bezogen auf den PEV) bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 zum Ziel. Thüringen hatte durch den dramatischen Umbau der Industrieproduktion Anfang der 1990er Jahre Einmaleffekte bei der Energieproduktivität zu verzeichnen, sodass diese Verdoppelung bereits Mitte der 1990er Jahre erreicht wurde. Auch absolut liegt die Energieproduktivität von Thüringen im oberen Viertel des Bundesländervergleichs und damit über dem Bundesdurchschnitt.

Als Zielwert wird für Thüringen ab 2010 eine mittlere Steigerungsrate der Energieproduktivität von 1,84 % pro Jahr angesetzt. Dies führt, hochgerechnet auf eine Dekade, bis zum Jahr 2020 auf einen Zielwert von +20 % bezogen auf 2010. Hierbei handelt es sich um eine ambitionierte Zielstellung, mit der die Landesregierung die Bedeutung der Thematik verdeutlicht.

Entwicklung der Energieproduktivität bezogen auf den Primärenergieverbrauch (PEV) in Mio. EUR je PJ

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
168,4	173,6	175,3	179,7	191,3	187,7	181	179,2

* zugrunde liegende BIP-Werte preisbereinigt, in Mrd. EUR
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Berechnungen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie



Rohstoffproduktivität



Die Rohstoffproduktivität drückt aus, wie viel Bruttoinlandsprodukt (in Euro, preisbereinigt) je eingesetzter Tonne an abiotischem Primärmaterial erwirtschaftet wird. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland aus der Natur entnommenen Rohstoffe – ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse – und alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren).

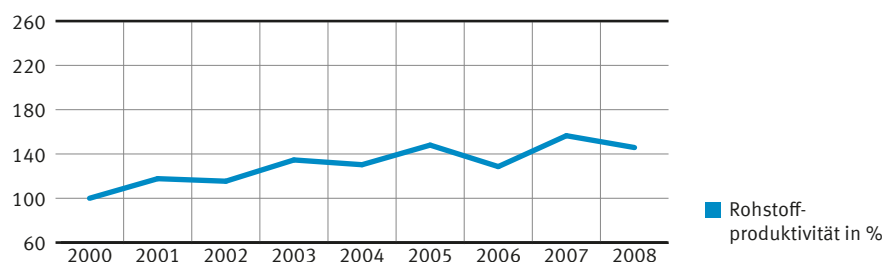
Die Nutzung von Rohstoffen ist unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist jedoch auch mit Belastungen für die Umwelt verbunden. Außerdem stehen Bodenschätze, die heute verbraucht werden, künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung. Für viele Unternehmen sind Rohstoffe bedeutsame Produktions- und damit Kostenfaktoren. Ein sparsamer und effizienter Umgang mit Rohstoffen liegt daher im Interesse aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Bundesregierung verfolgt im Rahmen ihrer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 bezogen auf das Basisjahr 1994 zu verdoppeln. Die Thüringer Landesregierung verfolgt das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 um 60 % im Vergleich zu 2010 zu steigern. Dieser Zielwert wurde aufgrund der im Zeitraum 1994 bis 2008 erreichten Steigerung der Rohstoffproduktivität hochgerechnet.

Entwicklung der Rohstoffproduktivität in %

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
100	117,7	115,4	134,6	130,3	148	128,6	156,5	145,8

Quelle: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Die Rohstoffproduktivität hat im Zeitraum 2000 bis 2008 um 45,8 % zugenommen. Das ist vor allem auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen, wie insbesondere den Dienstleistungsbereich, zurückzuführen. In dem genannten Zeitraum hat das BIP (preisbereinigt) lediglich um 11,9 % zugenommen, währenddessen der Rohstoffverbrauch um 23,2 % zurückgegangen ist.



Energiebedingter CO₂-Ausstoß



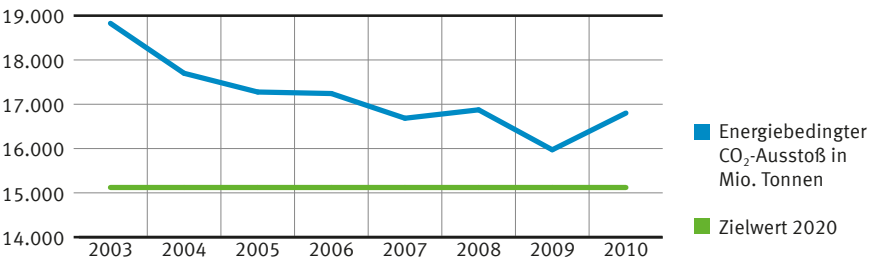
Der Klimawandel ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Der anthropogen verursachte Treibhauseffekt ist ein globales Problem mit regionalen Verursachern und Folgen. Aufgrund des Anstiegs der Konzentration von Treibhausgasen werden u. a. ein Temperaturanstieg in der Atmosphäre, ein Anstieg des Meeresspiegels, eine Veränderung der globalen und regionalen Niederschläge sowie eine Zunahme extremer Wetterereignisse vorhergesagt. Diese Klimaänderungen haben Auswirkungen auf die Ökosysteme sowie wirtschaftliche und soziale Folgen.

Emissionen der Treibhausgase entstehen mengenmäßig vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Im weltweiten Maßstab tragen die energiebedingten CO₂-Emissionen gemessen an den Treibhausgasen mit über 50 % den größten Anteil zum anthropogenen Treibhauseffekt bei.

In Deutschland werden die energiebedingten CO₂-Emissionen der Bundesländer in einem standardisierten Verfahren jährlich vom Länderarbeitskreis Energiebilanzen anhand der sogenannten Quellenbilanz ermittelt. Da diese aber Importstrom unterschlägt, bleibt z. B. in Thüringen verbrauchter CO₂-intensiver Braunkohlestrom unberücksichtigt. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie wird daher die Verursacherbilanz, welche sich methodisch auf den Endenergieverbrauch bezieht, verwendet. Auf entsprechenden Berechnungen fußend, sieht der Zielwert eine Reduzierung des energiebedingten CO₂-Ausstoßes von 10 % in der Dekade von 2010 bis 2020 vor. Im Vergleichszeitraum 1998 bis 2008 wurden die durch den Freistaat verursachten CO₂-Emissionen um 5,5 % verringert.

Entwicklung des energiebedingten CO ₂ -Ausstoßes in Mio. Tonnen							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
18,826	17,699	17,276	17,242	16,684	16,874	15,972	16,801

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik



Erneuerbare Energien



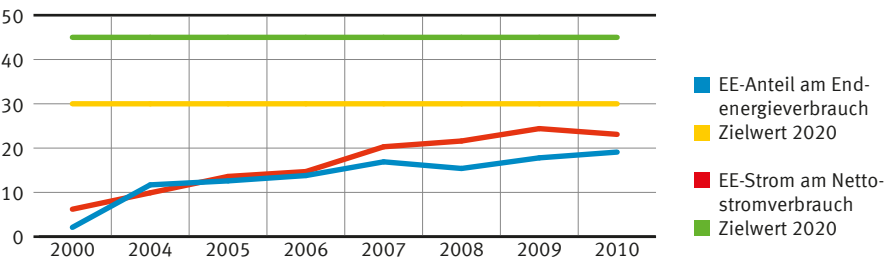
Die Reserven wichtiger fossiler Energieträger wie Erdöl und Erdgas sind begrenzt und ihre Nutzung ist mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien (EE) verringert die energetisch bedingten Emissionen und damit das Ausmaß des Klimawandels. Er reduziert zudem die Abhängigkeit von Energieimporten, mindert den Ressourcenverbrauch, kann die Versorgungssicherheit erhöhen und fördert technische Innovationen. Außerdem fördert er die lokale Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze.

Zu den erneuerbaren Energien zählen unter anderem Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie und Geothermie, aber auch Biomasse wie Brennholz und der biologisch abbaubare Anteil von Abfällen aus Haushalten.

Die Landesregierung hat sich bereits 2011 in ihrem Eckpunktepapier „Neue Energie für Thüringen“ konkrete Ziele für den Endenergie- und den Nettostromverbrauch gesetzt. Danach soll der Anteil erneuerbarer Energie bis zum Jahr 2020 auf ca. 30 % des Endenergieverbrauchs steigen. Im Strombereich soll zudem ein Anteil EE von mindestens 45 % erreicht werden. Die Zielstellungen des Freistaats gehen damit über die der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hinaus (EE-Anteil am Stromverbrauch 35 %, EE-Anteil am Endenergieverbrauch 18 % bis 2020). Für den Strombereich ist darauf hinzuweisen, dass die nationalen Indikatoren im Unterschied zu Thüringen den Bruttostromverbrauch berücksichtigen.

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien in %								
	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EE-Anteil am EEV	2,1	11,7	12,6	13,8	16,9	15,4	17,8	19,1
EE- Strom am Nettostromverbrauch	6,2	13,6	14,7	20,3	21,6	24,4	23,1

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Berechnungen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie



Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche



Die unbebaute, unzerschnittene und unzersiedelte Fläche ist eine begrenzte und gleichwohl begehrte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren z. B. Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung, wobei sich insbesondere die Siedlungs- und Verkehrsflächen stetig ausdehnen.

Zu den direkten Umweltfolgen der Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen zählen der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, der Verlust fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen oder der Verlust naturnaher Flächen mit ihrer Biodiversität. Zudem zieht jede Neuerschließung von Bauflächen außerhalb der bisherigen Siedlungskerne weiteren Verkehr und Flächenzerschneidung nach sich. Lärm und Schadstoffemissionen sowie erhöhter Aufwand für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur sind die Folge.

Ziel der Bundesregierung ist es, die Nutzung neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis 2020 auf 30 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen.

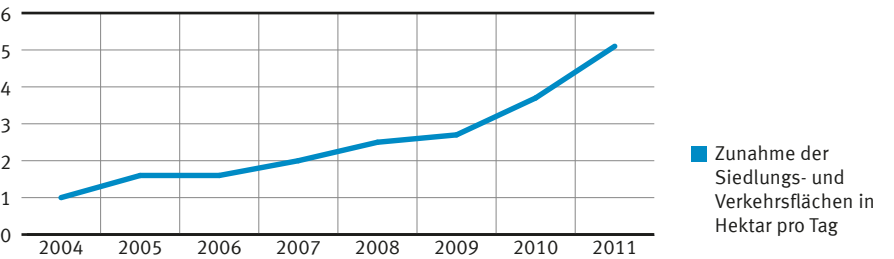
Der Thüringer Indikator orientiert sich am Bundesindikator und gibt den Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha pro Tag für Thüringen wieder. Die im Indikator berücksichtigten Flächen umfassen „Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen (ohne Abbau-land), Erholungsflächen, Friedhofs- sowie Verkehrsflächen“.

Der Indikator wird auf der Grundlage der aktuellen Zahlen des Liegenschaftskatasters erhoben. Dabei können versiegelte Flächen nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen. Aus aktuellen Studien ergibt sich für diese Flächen ein tatsächlicher Versiegelungsgrad von 40 bis 50 %. So werden beispielsweise auch Maßnahmen im Stadtumbau, die zu umfangreichen Entsiegelungen führen, unzureichend erfasst, obwohl tatsächlich Verbesserungen für die Belange des Natur- und Bodenschutzes erzielt wurden.

Aus diesem Grund wird für Thüringen eine möglichst ausgeglichene Bilanz zwischen Neuinanspruchnahme und Rückwidmung für natürliche und naturnahe Zwecke angestrebt.

Entwicklung der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen (SVF) in Hektar pro Tag							
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1	1,6	1,6	2	2,5	2,7	3,7	5,1

Quelle: Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Repräsentative Arten



Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage der Menschen. Um diese Vielfalt zu erreichen, sind eine nachhaltige Landnutzung und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich.

Der Indikator „Repräsentative Arten“ liefert Informationen zur Artenvielfalt, zur Landschaftsqualität und zur Nachhaltigkeit der Landnutzung. Dies geschieht anhand der Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten, die stellvertretend für viele andere Tierarten die Qualität der Lebensräume und somit auch den Grad der Nachhaltigkeit der Flächennutzung anzeigen. Dabei werden in Thüringen vier Hauptlebensraumtypen unterschieden:

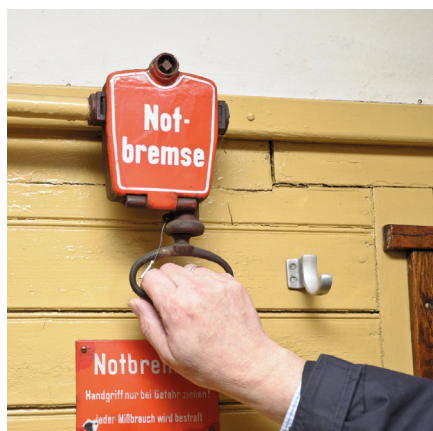
1. Agrarlandschaft (Acker, Grünland)
2. Wald
3. Siedlung
4. Binnengewässer

Für jeden in Thüringen vorkommenden Hauptlebensraumtyp werden neun repräsentative Vogelarten ausgewählt. Als Bezugsgröße für die aggregierte Gesamtaussage dient die artspezifische Bestandsgröße, die bei Umsetzung naturschutzrechtlicher Vorgaben und raumbedeutsamer Strategien/Planungen aus populationsbiologischer Sicht im Zieljahr 2030 zu erwarten wäre (= Zielwert).

Die Zielwerte für Thüringen wurden durch ein 19-köpfiges Expertengremium im Rahmen der Delphimethode erarbeitet. Dabei handelt es sich um ein empirisches Verfahren, das durch eine wiederholte (anonyme) Expertenbefragung einschließlich Diskussion der Gruppenergebnisse ein weitgehend abgesichertes Ergebnis gewährleistet. Die zugrunde gelegten Leitbilder basieren auf gesetzlichen Bestimmungen und auf Zielaussagen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, der EU-Biodiversitätsstrategie, der Thüringer Biodiversitätsstrategie sowie der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien in Thüringen.

Der Index soll sich vom Basiswert im Jahr 2006 (= 100) bis zum Jahr 2030 auf 181 entwickeln. Er wird jährlich berechnet. Die erste Berechnung ist für Ende 2012 vorgesehen. Sie wird rückwirkend bis einschließlich 2004 durchgeführt.

Struktureller Finanzierungssaldo



Der strukturelle Finanzierungssaldo ist die Kerngröße zur Beurteilung nachhaltiger Finanzpolitik vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Schuldenbremse. Der Indikator ist definiert als haushalterischer Finanzierungssaldo, der um den Saldo finanzieller Transaktionen sowie um konjunkturelle Einflüsse bereinigt wird. Durch die Verwendung im Rahmen des Stabilitätsrates ist diese Größe von Bund und Ländern anerkannter Beurteilungsmaßstab im Rahmen der Haushaltsüberwachung und somit wichtige Kennziffer zur Beurteilung der Lage öffentlicher Haushalte.

Mit dem Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 GG hat der Bund einen Abbaupfad bis 2016 festgelegt. Im Nationalen Reformprogramm für 2012 wird die Einhaltung dieses Abbaupfades bestätigt. Die Kennziffer gilt im Rahmen des Stabilitätsrats für den Bund in einem Jahr als nicht eingehalten, wenn der Abbaupfad des Bundes um 50 EUR je Einwohner überschritten wird.

Die Länder bekennen sich im Programm ebenfalls zum Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik und wirken darauf hin, dass die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse spätestens im Jahr 2020 eingehalten wird. Der Indikator struktureller Finanzierungssaldo stellt hierfür finanzpolitisch den zentralen Maßstab dar. Für dessen Beurteilung darf die Kennziffer für die Länder im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage den Länderdurchschnitt nicht um mehr als 200 EUR je Einwohner überschreiten.

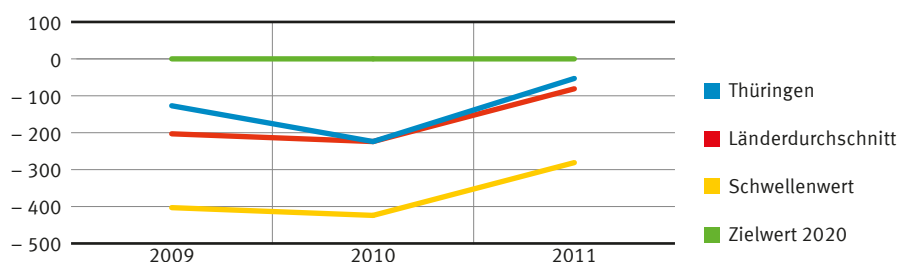
Die Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos in Thüringen zeigt für 2011 eine deutlich rückläufige Tendenz. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Einnahmeentwicklung in den kommenden Jahren verbleibt dennoch Konsolidierungsbedarf, um den Zielwert von null in 2020 einhalten zu können.

Das Grundgesetz sieht vor, dass die Länder ab dem Jahr 2020 zwingend strukturell ausgeglichene Haushalte aufstellen müssen. Damit kann die Neuverschuldung über den Konjunkturzyklus hinweg vermieden werden und die Haushaltsbelastungen über die Zinsausgaben können begrenzt werden. Dies schafft zusätzliche Gestaltungsspielräume für künftige Generationen und ist somit elementarer Bestandteil der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie.

Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos je Einwohner* in Euro

	2009	2010	2011
Thüringen	- 127	- 224	- 53
Länderdurchschnitt	- 203	- 224	- 81
Schwellenwert	- 403	- 424	- 281

* Einwohnerstand vom 30.06. des jeweiligen Jahres
Quelle: Sekretariat des Stabilitätsrats



Schuldenstand je Einwohner



Der Indikator Schuldenstand je Einwohner ist eine zentrale Kennziffer zur Beurteilung vergangener Haushaltspolitiken. Die Bestimmung der Kennziffer wird in Abgrenzung der amtlichen Schuldenstatistik zum Stand des 31.12. jeden Jahres vorgenommen und bezieht sich ausschließlich auf den Kernhaushalt eines jeden Landes. Durch die Verwendung im Rahmen des Stabilitätsrats ist diese Größe von Bund und Ländern anerkannter Beurteilungsmaßstab im Rahmen der Haushaltsüberwachung und somit wichtige Kennziffer zur Beurteilung der Lage öffentlicher Haushalte.

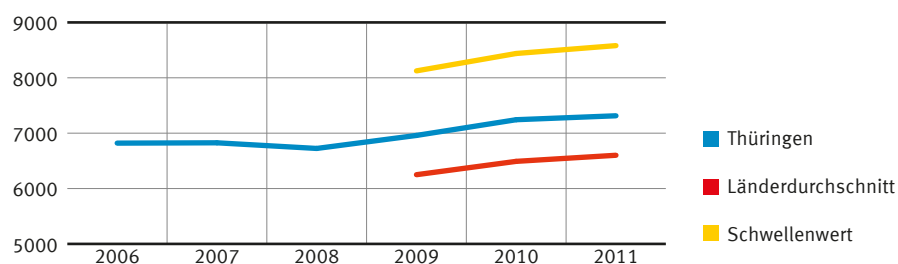
Der Indikator gibt Hinweise auf den Konsolidierungsbedarf beim Bund und in jedem Land. Er zeigt an, wie stark die gegenwärtige und zukünftige Generation durch die Verschuldung belastet werden, indem Zinszahlungen finanzielle Mittel binden. Da ausgelagerte Bereiche bislang nur teilweise in der Abgrenzung der staatlichen Verschuldung erfasst werden, ist eine vollständige Auskunft über die Gesamtbelastung der Bevölkerung derzeit noch nicht möglich.

Nach den Prognosen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verliert Thüringen von 2011 bis 2030 weitere 16% der Bevölkerung. Aufgrund dieser demografischen Entwicklung ist eine Konstanz des Indikators für Thüringen nur bei Tilgung von Altschulden erreichbar. Aufgrund des grundsätzlichen Neuverschuldungsverbots gemäß § 18 Thüringer Landeshaushaltsordnung dürfte sich der Indikator maximal um den Betrag erhöhen, der auf den Rückgang der Zahl der Einwohner zurückzuführen ist.

Entwicklung des Schuldenstandes je Einwohner* in Euro

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Thüringen	6.820	6.826	6.724	6.959	7.243	7.314
Länderdurchschnitt				6.250	6.491	6.601
Schwellenwert				8.125	8.439	8.581

* Einwohnerstand vom 30.06. des jeweiligen Jahres
Quelle: Sekretariat des Stabilitätsrats; Bundesministerium der Finanzen



Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen



Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen Bauten (Wohnbauten und Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (immaterielle Anlagegüter wie Software und Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten, Nutztiere).

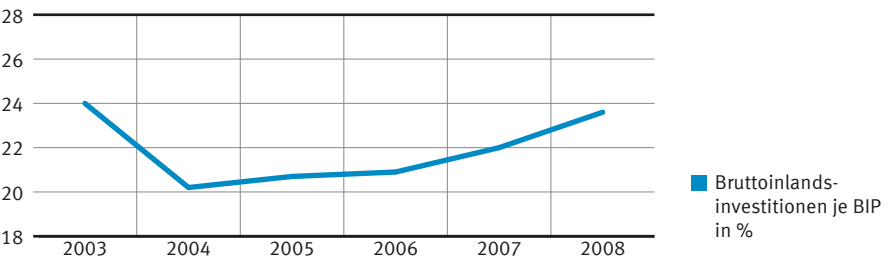
Die wirtschaftliche Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängen entscheidend von den Investitionen der Unternehmen und des Staates ab. Insbesondere über Investitionen in neue Ausrüstungen und immaterielle Anlagen werden Innovationen realisiert sowie Märkte – und damit auch Beschäftigung – gesichert oder ausgeweitet. Gleichzeitig können Investitionen dazu beitragen, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern, z. B. durch Energieeinsparmaßnahmen an Gebäuden, Realisierung umwelteffizienter Produktionstechniken oder Herstellung umwelteffizienter Güter. Auf der anderen Seite gehen besonders Bauinvestitionen mit erheblichem Materialverbrauch und, soweit es sich um Erweiterungen handelt, zusätzlicher Inanspruchnahme von Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsflächen einher.

Genau wie in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird dieser Indikator nur qualitativ bewertet und auf eine Zielvorgabe verzichtet.

Entwicklung der Bruttoinlandsinvestitionen je BIP in %					
2003	2004	2005	2006	2007	2008
24	20,2	20,7	20,9	21,6	23,6

Quelle: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Die Investitionsquote (Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen) stieg ab dem Jahr 1991 zunächst stark auf 53,4 % an, was auf umfangreiche Investitionen in moderne Technik und Neubau von Produktionsgebäuden nach der politischen Wende zurückzuführen ist. Danach sank die Investitionsquote – wie auch bundesweit – stetig auf 20,2 % im Jahr 2004. Nach dem Jahr 2004 stieg sie dann wieder leicht auf 23,6 % im Jahr 2008.



Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung



Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sind eine wichtige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft. Je höher die Ausgaben sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt die Chance, dass sich unsere Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln.

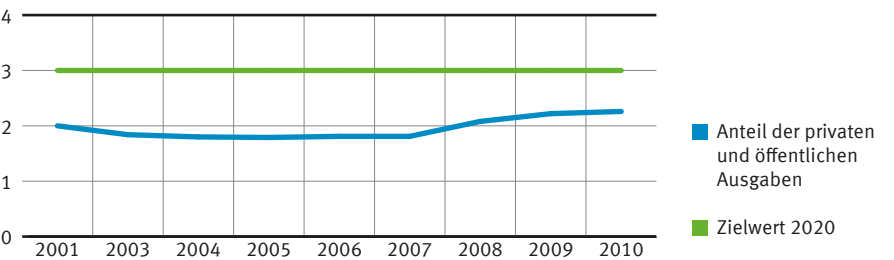
Der hier dargestellte Indikator umfasst die Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen für Forschung und Entwicklung und stellt diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Übereinstimmend mit dem Ziel der Europäischen Union wird bundesweit im Rahmen der EU 2020-Strategie eine Erhöhung des Anteils von Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP auf 3 % angestrebt. Dieses Ziel findet sich auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für Deutschland.

Im Jahr 2010 beliefen sich die gesamten FuE-Ausgaben in Deutschland auf 2,8 % des Bruttonutzenprodukts und lagen damit nahe an der Zielvorgabe. Insbesondere seit 1999 konnte der Anteil erheblich gesteigert werden. Während im Bereich der öffentlichen FuE-Ausgaben kaum Unterschiede bestehen, bleibt der Anteil der Forschungsaufwendungen der Wirtschaft weit hinter den bundesweiten Werten zurück. Dieser Unterschied liegt in der Unternehmensstruktur in Thüringen begründet, die durch viele klein- und mittelständische Unternehmen gekennzeichnet ist, die traditionell weniger in FuE investieren (können) als Großbetriebe.

Vor diesem Hintergrund ist der Zielwert Thüringens von 3 % für das Jahr 2020 ehrgeizig. Es wird in den kommenden Jahren vor allem darauf ankommen, die von der Wirtschaft selbst getragene und geförderte Forschungstätigkeit in der durch eine enge Verzahnung von Wirtschaft, Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten gekennzeichneten Thüringer Forschungslandschaft auszuweiten.

Anteil der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt Thüringens*								
2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
2	1,84	1,8	1,79	1,81	1,81	2,08	2,22	2,26**

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Statistisches Bundesamt
* Für die Wirtschaft: FuE-Ausgaben und FuE-Personal; prozentuale Aufteilung nach der Struktur des Vorjahres
** vorläufiger Wert



30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiären Abschluss

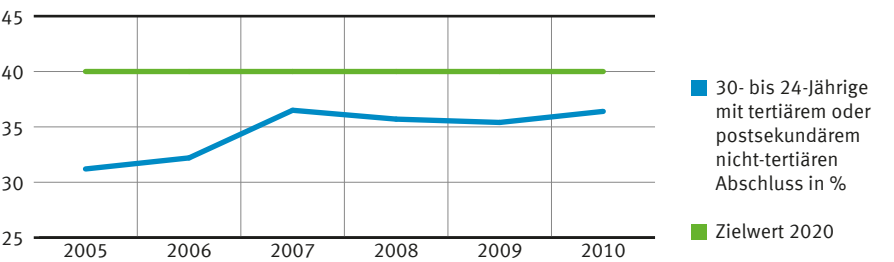


Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft, in der der Dienstleistungssektor und der Bedarf an Wissen und Expertise gegenüber der industriellen Produktion immer stärker in den Vordergrund rücken, benötigt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. In Anlehnung an ein Kernziel der Strategie Europa 2020 aus dem Jahr 2010 nennt der von der Bundesregierung 2012 geänderte Indikator der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie den Anteil aller jungen Menschen im Alter zwischen 30 und 34 Jahren (bisher: 25-Jährige) mit einem tertiären Bildungsabschluss (nach der International Standard Classification of Education [von 1997] / ISCED Stufen 5/6) oder einem vergleichbaren Abschluss (ISCED 4). Zu den tertiären Abschlüssen zählen Abschlüsse an Hochschulen und Fachhochschulen (ISCED 5A/6) sowie an Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens (ISCED 5B). Darüber hinaus schließt der neue Indikator auch postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) ein. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereichs II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden, z. B. das Abitur an Abendgymnasien, an Kollegs oder Berufs-/Technischen Oberschulen (hier ist jeweils vorausgesetzt, dass bereits ein beruflicher Abschluss vorhanden ist) oder der Abschluss einer Lehrausbildung nach dem Abitur bzw. der Abschluss von zwei beruflichen Ausbildungen nacheinander.

In Deutschland ist der Anteil der entsprechend Qualifizierten unter den 30- bis 34-Jährigen in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich angestiegen und erreichte 2010 mit 41,3 % fast den Zielwert von 42 %. Diese günstigen Werte stehen in Zusammenhang mit der international nicht gebräuchlichen Berücksichtigung postsekundärer nicht-tertiärer Abschlüsse, da es diese Abschlüsse in vielen anderen Ländern nicht gibt. In Thüringen lag der Anteil 2010 mit 36,4 % deutlich niedriger als bundesweit. In Abstimmung mit dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung in Thüringen wurde für den Freistaat ein Zielwert von 40 % festgelegt. Dieser Anteil soll vor allem durch die weitere Erhöhung der Attraktivität Thüringer Hochschulen und durch die soziale Öffnung erreicht werden, indem insbesondere mehr Berufstätige ohne Abitur für ein Studium gewonnen werden.

30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiären Abschluss in %					
2005	2006	2007	2008	2009	2010
31,2	32,2	36,5	35,7	35,4	36,4

Quelle: Mikrozensus, Auswertungen des Statistischen Bundesamts



Studienanfängerquote



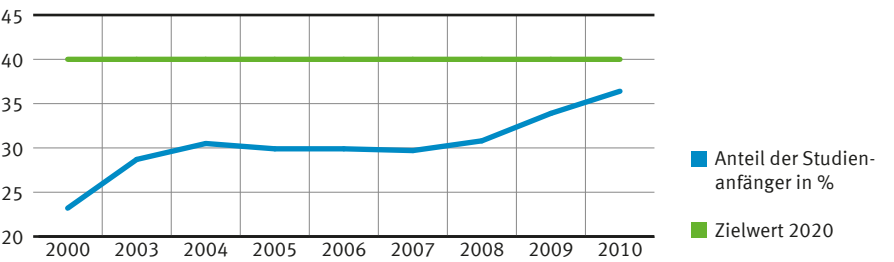
Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft den künftigen Herausforderungen gewachsen ist. Die Studienanfängerquote misst den Anteil der Studienanfänger (aus dem In- und Ausland, an Hochschulen außer Verwaltungshochschulen) im ersten Hochschulsemester an der altersspezifischen Bevölkerung. Die für den Bund festgelegte Zielquote von 40 % ist bereits 2010 um zweieinhalb Prozentpunkte übertroffen worden.

Die Studienanfängerquote berechnet sich für Thüringen (analog zum Bund) als Anteil der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Thüringen erworben haben, an der altersspezifischen Bevölkerung im Land. Die Quote liegt im Freistaat deutlich niedriger als im Bund, obwohl in den vergangenen Jahren ungeachtet des Bevölkerungsrückgangs in den relevanten Altersgruppen die Zahl der Studierenden an den Hochschulen des Landes gewachsen ist. Das resultiert aus der Tatsache, dass mehr Studierende aus anderen, vor allem westdeutschen Ländern, für ein Studium in Thüringen gewonnen werden konnten.

Der Abbau bestehender sozialer Hürden für die Aufnahme eines Studiums und die Weiterentwicklung der Studienangebote sollen dazu beitragen, dass bis zum Jahr 2020 die angestrebte Quote von 40 % erreicht wird.

Anteil der Studienanfänger* an der altersspezifischen Bevölkerung** bezogen auf die in Thüringen erworbene Hochschulzugangsberechtigung in %								
2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
23,2	28,7	30,5	29,9	29,9	29,7	30,8	33,9	36,4

Quelle: Statistisches Bundesamt
* Sommer- und vorhergehendes Wintersemester. Ohne Studienanfänger an Verwaltungshochschulen.
** Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.



Schulabschlüsse

- a. 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss
- b. Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss



Das staatliche Bildungssystem und das für Deutschland charakteristische duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und sind ein Hindernis bei der beruflichen und sozialen Integration. Es ist das erklärte Ziel der Landesregierung, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen.

a. 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss

Der Indikator bezieht sich auf den Anteil aller 18- bis 24-Jährigen, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen und sich auch an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen. Demnach werden als frühe Schulabgänger und Schulabgängerinnen auch diejenigen jungen Menschen gezählt, die einen Abschluss der Sekundarstufe I erreicht, anschließend aber weder die Hochschulreife noch einen beruflichen Abschluss erworben haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden.

In Anpassung an die Strategie EU 2020 ist auf Bundesebene das Ziel für 2020 dahingehend geändert worden, dass der Anteil der frühen Schulabgänger unter 10 % liegen soll. Im Jahr 2010 verfügten 11,9 % der 18- bis 24-Jährigen über keinen Abschluss im oben skizzierten Sinn.

Die Werte für Thüringen haben in den vergangenen Jahren deutlich unter dem bundesdeutschen Schnitt gelegen, zuletzt (2010) bei 6,3 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der demografischen Entwicklung und der infolgedessen relativ geringen Fallzahlen beim Mikrozensus erhebliche Schwankungen im Zeitverlauf ergeben können. Aus diesem Grund wird der Zielwert für diesen Indikator auf der Grundlage des Mittelwerts über drei aufeinanderfolgende Jahre bestimmt. Veränderungen des Indikators sind vor diesem Hintergrund mit besonderer Vorsicht zu interpretieren.

Der Zielwert für die Jahre 2018 bis 2020 entspricht in etwa einer Halbierung des Mittelwerts für die Jahre 2008 bis 2010. Die weitere Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Jugendlichen soll unter anderem durch eine gezielte individuelle Förderung und eine neu gestaltete Schulausgangsphase erreicht werden.

Entwicklung des Anteils der 18- bis 24-Jährigen ohne einen Abschluss in %		
2008	2009	2010
7,4	5,4	6,3

Quelle: Mikrozensus, Auswertungen des Statistischen Bundesamts

Indikator Nr. 13:



13 b. Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss

Die Integration in Deutschland lebender Ausländer ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist eine ausreichende schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt deshalb das Ziel, den Anteil der ausländischen jugendlichen Schulabsolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, zu erhöhen und bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen.

Der Indikator erfasst den Anteil ausländischer Schulabsolventen, die die allgemeinbildenden Schulen mit mindestens dem Hauptschulabschluss verlassen, in Prozent aller ausländischen Schulabgänger bzw. -absolventen eines Jahrgangs. Bundesweit hat sich die Differenz zwischen dem Anteil deutscher und ausländischer Jugendlicher mit Schulabschluss seit den 1990er Jahren verringert. Im Jahr 2009 belief sie sich auf acht Prozentpunkte (Deutsche: 94,2 %; Ausländer: 86,2 %).

In Thüringen ist der Anteil seit dem Jahr 2000 deutlich gestiegen und lag 2010 bei 88 %. Der Abstand zu den deutschen Jugendlichen ist geringer als im Bundesdurchschnitt. Allerdings ist die Fallzahl in Thüringen so niedrig, dass die Werte kaum belastbar sind. Von der Festlegung eines Zielwerts muss aus diesem Grund abgesehen werden. Der Indikator ist selbst als Berichtsindikator mit größter Vorsicht zu interpretieren. Das generelle Ziel ist in Thüringen wie im Bund, die Quote der ausländischen Schulabsolventen der deutschen Schulabsolventen anzugleichen.

Entwicklung des Anteils ausländischer* Absolventen allgemeinbildender Schulen nach Schuljahren in % aller ausländischen Schulabgänger**

2000/ 2001	2001/ 2002	2002/ 2003	2003/ 2004	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011
61,3	70,2	79	82,3	82,2	81,9	88,4	86,9	89,7	89,8	88

Quelle: Schulstatistik des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur

* Ausländer, Aussiedler, Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge

** geringe Fallzahlen

BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen

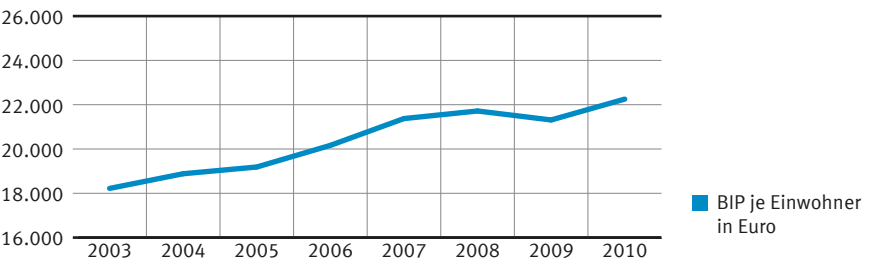


Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es wird als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft angesehen. Zwischen der Entwicklung des BIP und den anderen Themen der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es vielfältige Beziehungen. So spielen soziale Faktoren wie die Bevölkerungsstruktur, das Arbeitskräfteangebot, das Bildungssystem sowie der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft eine wichtige Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine steigende Wirtschaftsleistung ist unter Wohlfahrtsgesichtspunkten erstrebenswert. Ausreichendes Wirtschaftswachstum kann Strukturwandel ermöglichen, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen sowie die Sozialsysteme vor dem Hintergrund der „alternden Gesellschaft“ und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit stabilisieren. Auf der anderen Seite wirkt ein steigendes BIP tendenziell umweltbelastend. Die weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaften.

Entwicklung des BIP je Einwohner in Euro							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
18.221	18.883	19.187	20.164	21.374	21.716	21.311	22.252

Quelle: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Das BIP je Einwohner ist nach einem kräftigen Wachstum im Zeitraum 1991 bis 1994 ab 1995 durchschnittlich um ca. 4,3 % im Jahr gestiegen. Nach einem geringfügigen Rückgang im Jahr 2009 (ca. 1,9 %) setzte sich das Wachstum im Jahr 2010 fort. Insgesamt hat sich das BIP je Einwohner zwischen 1991 und 2010 um ca. 235 % erhöht.



Betriebsleistung im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV



Der ÖPNV ist Aufgabe der Daseinsvorsorge. Unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit, aber auch Verkehrssicherheit und Umweltschutz soll der ÖPNV eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr sein.

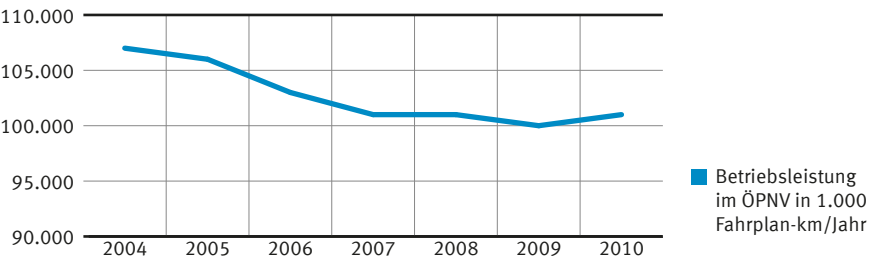
Vorgaben und Ziele für den öffentlichen Personennahverkehr in Thüringen sind in der Thüringer Kommunalordnung und im Thüringer ÖPNV-Gesetz geregelt. Die Landkreise, kreisfreien Städte und die kreisangehörige Stadt Nordhausen sind Aufgabenträger für den Personennahverkehr mit Bussen und Straßenbahnen. Das Land ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr mit der Bahn.

Eine positive Entwicklung des ÖPNV soll durch Angebotsverbesserungen und entsprechende Investitionen erreicht werden. Auf der Grundlage der bestehenden Förderrichtlinien unterstützt das Land die kommunalen Aufgabenträger beim investiven Ausbau des ÖPNV und der Bestellung der Verkehrsangebote mit Fördermitteln nach Maßgabe des Landeshaushalts. Ziel ist die Bereitstellung eines attraktiven, leistungsfähigen und umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs mit Verknüpfung der verschiedenen Angebote auf Straße und Schiene.

Vorhersagen mit der Festlegung von Zielwerten sind allerdings insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung nicht möglich.

Entwicklung der Betriebsleistung im ÖPNV in 1.000 Fahrplan-km/Jahr						
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
107.000	106.000	103.000	101.000	101.000	100.000	101.000

Quelle: Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr



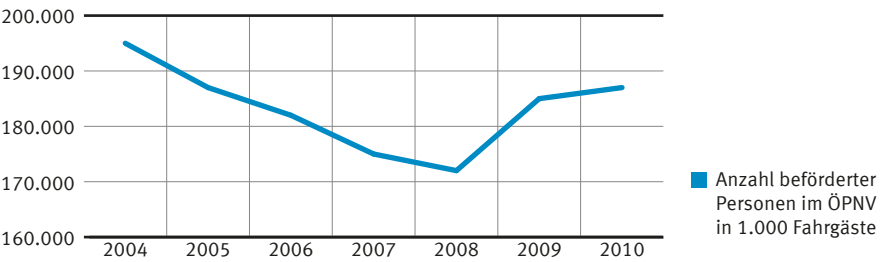
Beförderte Personen im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV



Senioren und Schüler sind eine wichtige Kundengruppe im ÖPNV. Die Schülerzahlen sind in den letzten Jahren stark rückläufig gewesen und werden in den nächsten Jahren weitestgehend auf diesem Niveau verbleiben. Die Fahrgastgruppe der Senioren wird zwar stärker zunehmen, sodass im Jahr 2035 voraussichtlich mehr als jeder dritte Einwohner in Thüringen älter als 65 Jahre sein wird, allerdings besitzen Senioren häufiger einen Führerschein als früher und nutzen oft den eigenen PKW bis ins hohe Alter.

Entwicklung der Anzahl beförderter Personen im ÖPNV in 1.000 Fahrgäste						
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
195.000	187.000	182.000	175.000	172.000	185.000	187.000

Quelle: Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr



Stickstoffüberschuss



Stickstoff ist einer der wichtigsten Pflanzennährstoffe. In der Landwirtschaft wird Stickstoff durch Düngung auf die Nutzflächen ausgebracht, um die mit der Produktion verbrauchten Nährstoffe zu ersetzen und die Erträge, die Qualität von Ernteprodukten sowie die Bodenfruchtbarkeit zu sichern. Der Stickstoffüberschuss beschreibt die Zufuhr von N aus allen Düngemaßnahmen (organisch, anorganisch) abzüglich des ermittelten Entzugs durch die Pflanzen. Der Wert wird auf Basis der Dünge-VO rechnerisch ermittelt. Der Wert nennt die Stickstoffüberschüsse der Gesamtbilanz für Thüringen in kg je ha landwirtschaftlicher genutzter Fläche pro Jahr. Der Stickstoffindikator ergibt sich rechnerisch aus der Gegenüberstellung von Stickstoffzufuhr und -abfuhr.

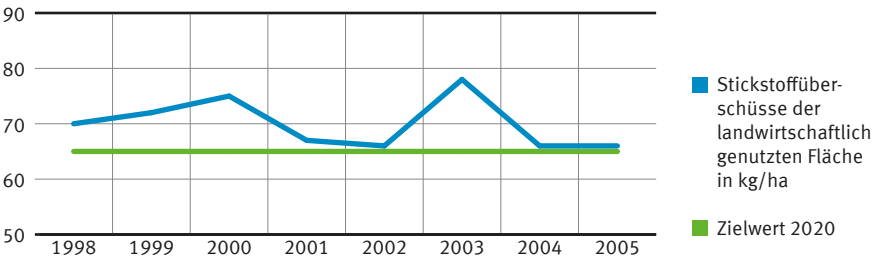
Aus ökologischen und ökonomischen Gründen kommt es dabei besonders auf die effiziente Ausnutzung des Nährstoffes an. Auch weitere Quellen (z. B. Tierproduktion, Verkehr, Haushalte, biologische Stickstofffixierung) tragen über den Luftpfad zum Eintrag von Stickstoff auf die Fläche bei. Im Übermaß in die Umwelt eingetragener Stickstoff führt zu weitreichenden Problemen: zur Verunreinigung des Grundwassers, zur Überdüngung (Eutrophierung) von Binnengewässern, Meeren und Landökosystemen, zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit ihren Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hatte als Zielwert für das Jahr 2010 einen Stickstoffüberschuss von 80 kg/ha festgelegt. Thüringen liegt bereits seit geraumer Zeit unter diesem Wert. Ziel sollte es daher für Thüringen sein, den 2005 erreichten niedrigen Wert zu stabilisieren.

Ab 2006 werden die Stickstoffüberschüsse in Thüringen auf Basis der Ergebnisse der Fachrechtskontrollen nach Düngeverordnung vom 10. Januar 2006 (Neufassung vom 27.02.2007 BGBl. I Seite 221) berechnet. Die Ergebnisse werden durch die landwirtschaftliche Behörde (Landesanstalt für Landwirtschaft Jena) ermittelt und auf der Agrardatenbank (AINFO) veröffentlicht.

Entwicklung der Stickstoffüberschüsse der landwirtschaftlich genutzten Fläche in kg/ha							
1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
70	72	75	67	66	78	66	66

Quelle: Bundesumweltamt; Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Ökologischer Landbau

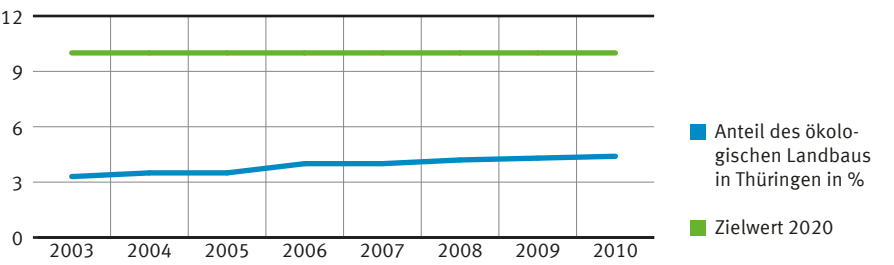


Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße, hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt und dient der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Darüber hinaus leistet er einen Beitrag zur Pflege und zum Erhalt der Kulturlandschaft und zur Sicherung der Beschäftigung im ländlichen Raum. Zu den Anbauregeln gehören insbesondere möglichst geschlossene Betriebskreisläufe, der Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie auf gentechnisch veränderte Organismen. Ökonomisch betrachtet werden die geringeren Produktionsmengen je Flächeneinheit teilweise durch höhere Preise für Ökoprodukte und durch Agrarumweltzahlungen aufgefangen. Der Indikator nennt die landwirtschaftlich genutzte Fläche ökologisch wirtschaftender Betriebe, die dem Kontrollverfahren der EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau (Verordnung [EG] Nr. 834/2007 und Durchführungsvorschriften) unterliegen, als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Er umfasst sowohl die voll auf Ökolandbau umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen. Die Entscheidung über den Einstieg in den ökologischen Landbau liegt beim einzelnen Betrieb.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie legt als langfristigen Zielwert einen Anteil von 20 % ohne konkrete Jahresangabe fest. Da Thüringen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von derzeit etwa 6 % liegt, ist das Nachhaltigkeitsziel von 10 % im Jahr 2020 und in den folgenden Jahren dann 20 % als sehr ambitioniert zu beschreiben.

Entwicklung des Anteils des ökologischen Landbaus in Thüringen in %							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
3,3	3,5	3,5	4	4	4,2	4,3	4,4

Quelle: Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Städtische Luftqualität

a. Feinstaub (PM10)

b. Stickstoffdioxid

c. Ozon



Erhöhte Konzentrationen von Luftschadstoffen können sowohl die menschliche Gesundheit gefährden als auch die Vegetation schädigen.

Der Indikator Luftqualität beschreibt die durchschnittliche Luftschadstoffbelastung in Städten auf Basis der besonders gesundheitsrelevanten Schadstoffe Feinstaub (PM10), Stickstoffdioxid und Ozon. Als Datengrundlage finden die Messdaten des Luftmessnetzes der TLUG aus Messstationen im städtischen Hintergrund Verwendung. Diese Daten beschreiben repräsentativ die Luftqualität im städtischen Wohnumfeld.

Das Indikatorziel lautet deshalb Verbesserung des Jahresmittelwertes bezogen auf den Referenzwert. Als Referenzwert wird jeweils der Mittelwert der vier Jahre mit den geringsten Jahresdurchschnittsbelastungen aus dem Zeitraum 2003 bis 2010 zugrunde gelegt. Der breite Referenzwert berücksichtigt meteorologische Einflüsse, die Luftqualitätsschwankungen von Jahr zu Jahr bewirken und lokal wie regional nicht beeinflusst werden können. Zur Erreichung der Ziele sind Maßnahmen in Verkehr, Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt notwendig.

a. Feinstaub (PM10)

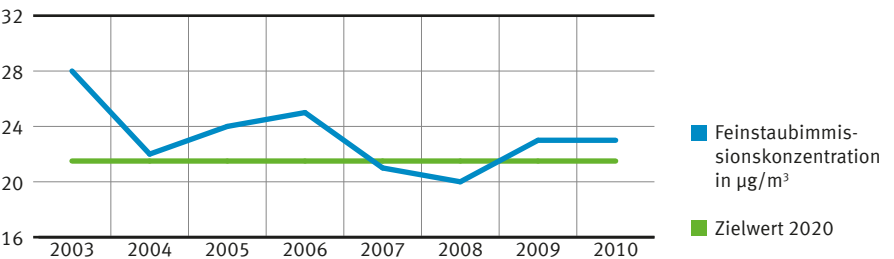
Staub kann, abhängig von der Größe und der ihm anhaftenden Stoffe, gesundheitsgefährdend sein. Insbesondere der Feinstaub im Größenbereich kleiner 10 µm ist gesundheitlich von besonderer Bedeutung, weil Partikel dieser Größe mit vergleichsweise hoher Wahrscheinlichkeit vom Menschen eingeatmet und in die tieferen Atemwege transportiert werden. Untersuchungen weisen auf einen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von chronischer Bronchitis, Lungenkrebs und Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems und der Feinstaubbelastung hin.

Wesentliche PM10-Emittenten sind industrielle Prozesse, Feststofffeuerungen und der Kfz-Verkehr.

Beurteilungsmaßstab zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind die in der Richtlinie 2008/50/EG bzw. der 39. BImSchV festgelegten Grenzwerte (50 µg/m³ als Tagesmittelwert, 35 Überschreitungen im Jahr zulässig; 40 µg/m³ als Mittelwert im Kalenderjahr).

Entwicklung der Feinstaubimmissionskonzentration in µg/m³							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
28	22	24	25	21	20	23	23

Quelle: Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Indikator Nr. 19:



b. Stickstoffdioxid

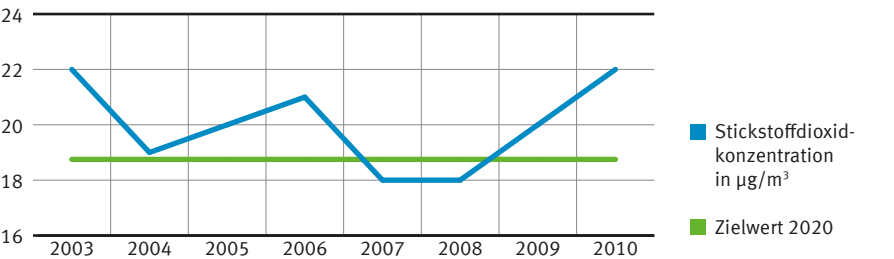
Erhöhte NO₂-Konzentrationen können beim Menschen zu Reizungen der Atemwege führen. NO₂ ist zudem eine wichtige Vorläufersubstanz für die sommerliche Ozonbildung in den bodennahen Luftschichten.

Abgesehen von geringen Anteilen aus natürlichen Quellen stammt NO₂ in etwa zu gleichen Anteilen aus industriellen Verbrennungsprozessen und aus dem Kraftfahrzeugverkehr. Die bodennahen Emissionen der Kraftfahrzeuge führen insbesondere in den Ballungsräumen zu hohen Luftbelastungen, seit dem Jahr 2000 teilweise mit zunehmender Tendenz.

Beurteilungsmaßstab zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind die ab 1.1.2010 einzuhaltenden Grenzwerte gemäß der Richtlinie 2008/50/EG bzw. der 39. BImSchV (40 µg/m³ als Mittelwert im Kalenderjahr; 200 µg/m³ als 1-h-Mittelwert [18 Überschreitungen im Jahr zulässig]).

Entwicklung der Stickstoffdioxid-Konzentration in µg/m ³							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
22	19	20	21	18	18	20	22

Quelle: Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Indikator Nr. 19:



c. Ozon

Erhöhte Ozonkonzentrationen können zu Vegetationsschäden führen und auch die menschliche Gesundheit beeinträchtigen, insbesondere durch Reizungen der Atemwege und Augen.

Ozon wird nicht direkt emittiert, sondern aus Vorläuferstoffen (flüchtige organische Verbindungen sowie Stickstoffoxide) unter dem Einfluss der Sonnenstrahlung gebildet. Die besonders wirkungsrelevanten Ozonspitzenwerte treten deshalb insbesondere im Sommer bei geringem Luftaustausch, hohen Temperaturen und starker Sonneneinstrahlung auf. Detaillierte Langzeitanalysen haben ergeben, dass die Ozon-Spitzenwerte zwar zurückgegangen sind, die chronische Belastung jedoch zunimmt.

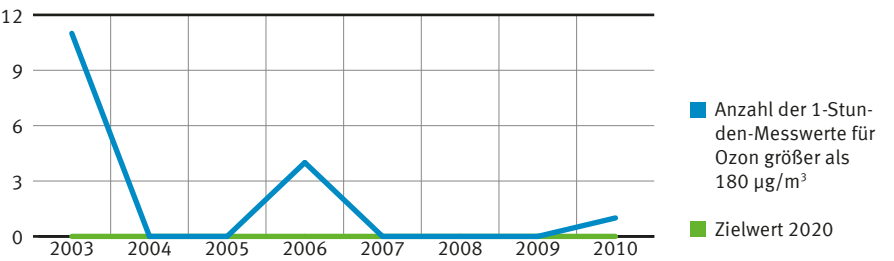
Wegen des weiträumigen Transports der Vorläufersubstanzen treten die höchsten Ozonwerte häufig weit entfernt von den Emissionsorten auf.

Für den Nachhaltigkeitsindikator wird als Beurteilungsmaßstab der Informationswert von 180 µg Ozon pro m³ Luft als 1-Stunden-Mittelwert zur aktuellen Unterrichtung der Bevölkerung herangezogen. Er charakterisiert die Häufigkeit des Auftretens von Spitzenwerten, zur Beurteilung der Einhaltung des wesentlich strengeren Zielwertes für den Schutz der menschlichen Gesundheit kann er nicht herangezogen werden.

Beurteilungsmaßstäbe zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind die in der Richtlinie 2008/50/EG bzw. der 39. BImSchV festgelegten Werte (Zielwert für 2010: 120 µg/m³ für den höchsten 8-Stunden-Wert eines Tages [25 Überschreitungen im Jahr zulässig, gemittelt über drei Jahre]); langfristiges Ziel für 2020: 120 µg/m³ für den höchsten 8-Stunden-Wert eines Tages; Informationsschwelle: 180 µg/m³ als 1-Stunden-Mittelwert; Alarmschwelle: 240 µg/m³ als 1-Stunden-Mittelwert).

Entwicklung der Anzahl der 1-Stunden-Messwerte für Ozon größer als 180 µg/m³							
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
11	0	0	4	0	0	0	1

Quelle: Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie



Vorzeitige Sterblichkeit



Der Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“ weist die Todesfälle der unter 65-Jährigen pro 100.000 Einwohner im Jahr aus. Er wird auch drastischer als Indikator „verlorene Lebensjahre“ bezeichnet.

Gesundheit und Lebenserwartung werden von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Dazu gehören die soziale Lage, das Bildungsniveau, Lebensstil und Lebensgewohnheiten (Tabakkonsum, Alkohol, körperliche Betätigung, Ernährung), Arbeitsbedingungen, Umweltfaktoren, medizinische Vorsorgemaßnahmen und Versorgung. Treten in einer Bevölkerung gehäuft Todesfälle in einem Alter auf, das deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt, ist dies ein Hinweis auf erhöhte Gesundheitsrisiken, die vermieden werden können.

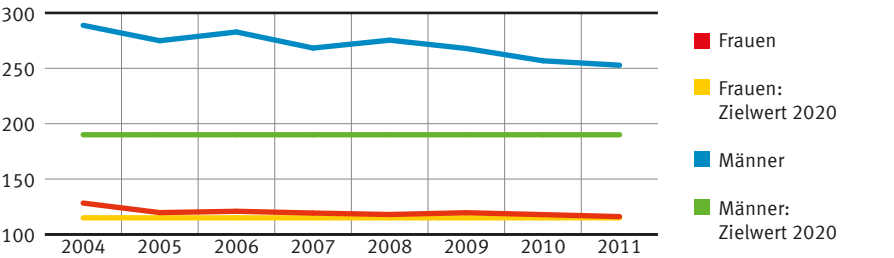
Nach den Erhebungen des Bundes ging die vorzeitige Sterblichkeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück. Dabei hat sich auch der geschlechtsspezifische Unterschied zwischen Männern und Frauen leicht verringert. Im Bundesdurchschnitt starben im Jahr 2010 233 Männer und 123,6 Frauen je 100.000 Einwohner vor Erreichen des 65. Lebensjahres.

Der im Jahr 2010 erfasste Wert in Thüringen liegt bei einer vorzeitigen Sterblichkeit von 256,8 Männern und 117 Frauen pro 100.000 Einwohner nur bei den Männern leicht über dem Bundesdurchschnitt. Über die Ursachen dieser Abweichungen kann nur gemutmaßt werden, insbesondere da die Lebenserwartung, wie bereits geschildert, von sehr vielen Faktoren abhängig ist und auch große regionale Unterschiede aufweist.

Thüringen orientiert sich an der Zielsetzung der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Männer: 190; Frauen: 115). Da der derzeitige Wert für Thüringen bei Männern jedoch noch über dem des Bundesdurchschnitts liegt, ist das Erreichen des Zielwertes ein ambitioniertes Ziel.

Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit je 100.000 Einwohner								
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Frauen	128,3	119,7	120,9	119,3	118,0	119,6	117,9	116,1
Männer	288,8	274,9	282,8	268,3	275,4	267,9	256,8	252,8

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik



Anteil der Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulung



Übergewicht ist maßgeblich beteiligt an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden. Es wird unmittelbar verursacht durch ein unausgewogenes Verhältnis von Ernährung und Bewegung, ist mittelbar aber auch in Zusammenhang mit sozialen Ursachen wie z. B. dem Bildungshintergrund oder der sozialen Integration zu sehen. Neben gesundheitlichen Folgen wirkt sich Übergewicht auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht belastend aus. Schon im Kindes- und Jugendalter bedingen Übergewicht und Adipositas vielfältige gesundheitliche Probleme.

Für die Feststellung von Übergewicht und Adipositas wird der Body-Mass-Index (BMI) verwendet. Dieser ist definiert als Körpergewicht in „kg“, geteilt durch das Quadrat der Körpergröße in „m“.

Anders als im Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für Thüringen nicht der Anteil von Menschen mit Adipositas insgesamt, sondern der Anteil der Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulung als Indikator ausgewählt. Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Einschulungsuntersuchungen kann hier auf detailliertes Datenmaterial für alle Kinder dieser Altersgruppe zurückgegriffen werden.

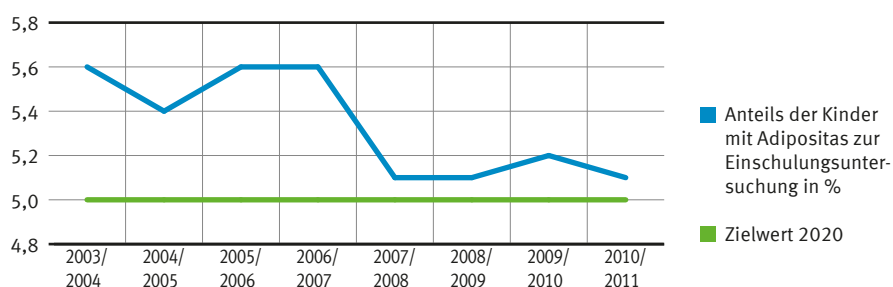
Die Einschulungsuntersuchung für das Schuljahr 2010/11 ergab, dass 5,1 % der Thüringer Kinder im Einschulalter adipös waren. Dieser Wert ist in den vergangenen Jahren etwas gesunken und blieb in den letzten vier Jahren weitgehend konstant. Primäres Ziel für Thüringen ist es, eine erneute Erhöhung des Wertes zu verhindern. Im Idealfall sollte wenigstens ein geringer Rückgang erreicht werden.

Wie die meisten gesundheitlich relevanten Auffälligkeiten wird auch der Anteil von Adipositas bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulung durch unterschiedliche Faktoren wie Bildungsniveau, Lebensgewohnheiten und sozialer Status beeinflusst. Es sind daher Anstrengungen in den verschiedensten Lebensbereichen erforderlich, um diesen zu hohen Wert positiv zu beeinflussen.

Entwicklung des Anteils der Kinder mit Adipositas zur Einschulungsuntersuchung in %

2003/ 2004	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011
5,6	5,4	5,6	5,6	5,1	5,1	5,2	5,1

Quelle: Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit



Straftaten



Ein sicheres Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für soziale Nachhaltigkeit. Der Indikator „Straftaten“ drückt die durch die Kriminalität verursachte Gefährdung aus. Er erlaubt es, als Maßstab für die persönliche Sicherheit, ergänzend noch auf Einzeldelikte einzugehen und damit die Perspektive gezielt zu erweitern.

Der Indikator erfasst alle bei der Polizei angezeigten und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten.

Die Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner hat in Thüringen zwischen 2001 und 2011 um insgesamt 7 % abgenommen.

Im Jahr 2011 betrug die Anzahl der Straftaten in Thüringen insgesamt 136.955.

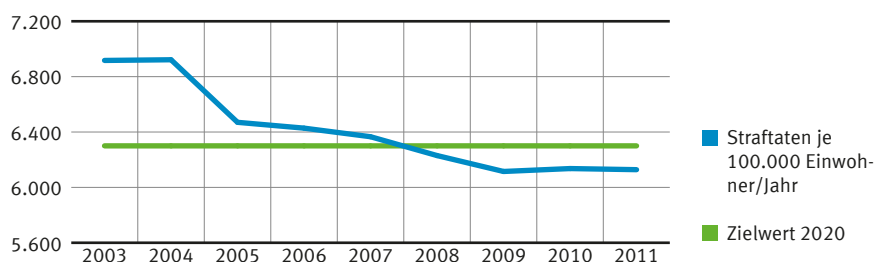
Veränderungen in der PKS lassen allerdings nicht immer auf tatsächliche Veränderungen bei den Fallzahlen schließen: Die Statistik erfasst nur das sogenannte Hellfeld – also die der Polizei bekannt gewordene Kriminalität. Aufgrund fehlender statistischer Daten kann das sogenannte Dunkelfeld – die der Polizei nicht bekannt gewordene Kriminalität – nicht abgebildet werden. Wenn sich z. B. das Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder die Verfolgungsintensität der Polizei ändert, kann sich die Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne dass damit eine Änderung des Umfangs der tatsächlichen Kriminalität verbunden sein muss.

Im Jahr 2011 betrug die Aufklärungsquote aller durch die Thüringer Polizei registrierten Delikte rund 65 %. Dabei gibt es deutliche Unterschiede je nach Art der Straftat. So lag die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl bei 41 %. Bei Betrugsdelikten wurden dagegen 82 % und bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung 87 % aller Straftaten aufgeklärt.

Entwicklung der Straftaten je 100.000 Einwohner/Jahr

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6.917	6.922	6.470	6.428	6.366	6.230	6.115	6.136	6.128

Quelle: Thüringer Innenministerium



Erwerbstätigenquote

- a. Erwerbstätigenquote insgesamt
- b. Erwerbstätigenquote Frauen
- c. Erwerbstätigenquote Ältere



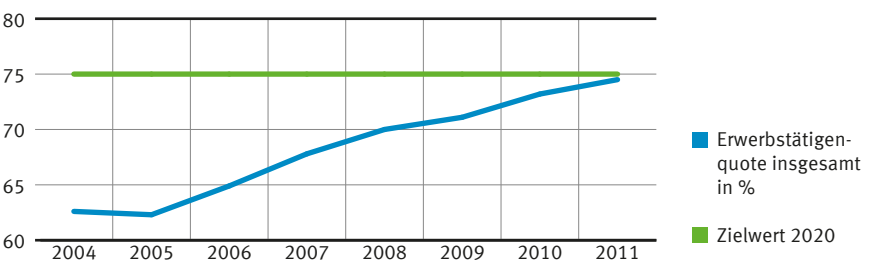
Aufgrund des demografischen Wandels (alternde Gesellschaft) kann es langfristig einen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland geben. Außerdem droht wegen der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern eine zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Daher ist es erforderlich, die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale künftig besser auszuschöpfen.

a. Erwerbstätigenquote insgesamt (15 bis 64 Jahre)

Der angestrebte Zielwert in Höhe von 75 % bis 2020 orientiert sich an den nationalen Zielen der Bundesregierung. Thüringen befindet sich auf einem guten Weg und hat mit 74,5 % mittlerweile (2011) die dritthöchste Erwerbstätigenquote Deutschlands (15- bis 64-Jährige). Das zeigt auch, dass das Erwerbspersonenpotenzial relativ gut ausgeschöpft wird. Eine weitere deutliche Steigerung ist vor diesem Hintergrund in Thüringen nicht unbedingt zu erwarten. Wichtig ist es deshalb, nicht nur die formale Quote zu steigern, sondern auch die Qualität und Entlohnung der Arbeit zu erhöhen.

Entwicklung der Erwerbstätigenquote insgesamt in %							
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
62,6	62,3	64,9	67,8	70	71,1	73,2	74,5

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik



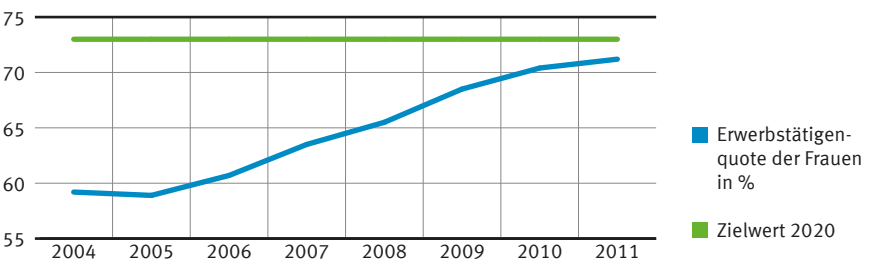
b. Erwerbstätigenquote Frauen

Thüringen erreicht mit 71,2 % hinter Brandenburg die höchste Erwerbstätigenquote der Frauen in Deutschland (2011). Im Freistaat wird, wie in den anderen neuen Ländern, das Erwerbspotenzial der Frauen schon überproportional ausgeschöpft. Das liegt u. a. in der stärkeren Erwerbsneigung begründet, die aus der DDR-Prägung herrührt, sowie auch an der stärkeren Notwendigkeit zu arbeiten (relativ geringe Löhne), sodass in Familien beide Partner eine Erwerbsarbeit anstreben. Die angestrebte Quote von 73 % kann in den kommenden Jahren erreicht werden, wenn auch die erwerbsuchenden Frauen beruflich integriert werden können, die bisher nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten (z. B. Alleinerziehende oder ältere erwerbslose Frauen).

Indikator Nr. 23:

Entwicklung der Erwerbstätigenquote der Frauen in %							
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
59,2	58,9	60,7	63,5	65,5	68,5	70,4	71,2

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

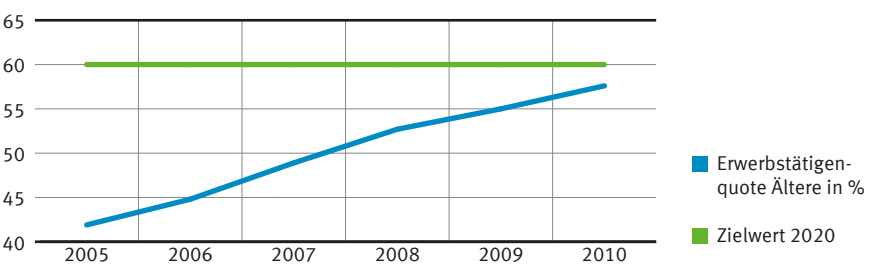


c. Erwerbstätigenquote Ältere

Die Erwerbstätigenquote Ältere (55- bis 64-Jährige) beträgt in Thüringen 57,6 % (2010). Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass der Anteil Älterer an der potenziellen Erwerbsbevölkerung in den kommenden Jahren weiter ansteigt. Umso wichtiger ist es, dass ältere Erwerbstätige weiterhin im Beruf eingebunden bleiben. Indikator und Zielwert in Höhe von 60 % orientieren sich an der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Perspektivisch muss der Zielwert gegebenenfalls erneut geprüft werden, da Belegschaften „altern“ und deutlich mehr ältere Erwerbspersonen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Nachwuchskräfte nachrücken.

Entwicklung der Erwerbstätigenquote Ältere in %					
2005	2006	2007	2008	2009	2010
41,9	44,8	48,9	52,7	55	57,6

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik



Ganztagsbetreuung für Kinder

a. 0- bis 2-Jährige

b. 3- bis 5-Jährige



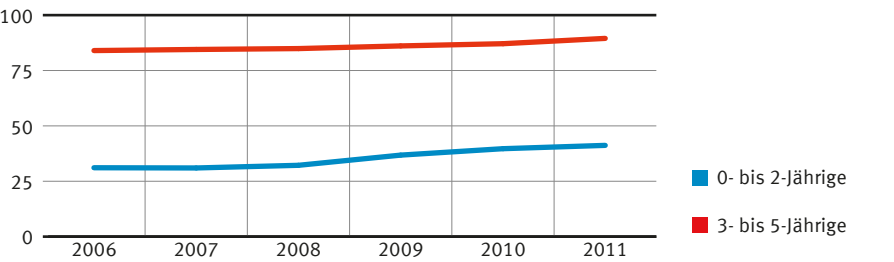
Eine bessere Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit könnte zu einer Erhöhung der Geburtenziffer in Deutschland beitragen. Bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder verbessern generell die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach wie vor werden insbesondere Frauen wegen fehlender Betreuungsplätze daran gehindert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, oder Paare entscheiden sich gegen die Gründung einer Familie, da die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet ist. Die Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten, insbesondere auch Ganztagsangeboten ist ein wichtiger Beitrag auch zur Chancengerechtigkeit und zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Bis zum Jahr 2020 sollen auf Bundesebene 35 % der 0- bis 2-Jährigen und 60 % der 3- bis 5-Jährigen von den Ganztagsbetreuungsangeboten profitieren. In Thüringen liegen die Betreuungsquoten für die 0- bis 2-Jährigen seit 2009, bei der älteren Altersgruppe bereits seit Jahren über den Zielwerten des Bundes. Eine weitere Erhöhung der Quote bei den 3- bis 5-Jährigen ist angesichts des erreichten Standes (2011: 89,5 %) kaum noch möglich. Bei den 0- bis 2-Jährigen hat sich die Betreuungsquote in den letzten Jahren deutlich erhöht und liegt nunmehr um mehrere Prozentpunkte oberhalb der Zielgröße auf Bundesebene.

Wegen der hervorragenden Betreuungsquoten im Freistaat ist in Abstimmung mit dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung in Thüringen davon Abstand genommen worden, konkrete Zielgrößen festzulegen. Stattdessen dienen die Kinderbetreuungsquoten für beide Altersgruppen lediglich als Berichtsindikatoren. Zugleich wird das Ziel formuliert, das hohe Niveau bei der Ganztagsbetreuung dauerhaft abzusichern.

Entwicklung der Ganztagsbetreuungsquoten* der 0- bis 2-Jährigen und der 3- bis 5-Jährigen in Thüringen in %						
	2006	2007	2008	2009	2010	2011
0- bis 2-Jährige	31,1	31	32,2	36,8	39,7	41,2
3- bis 5-Jährige	84	84,5	84,9	86,1	87,1	89,5

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik
* Anzahl der Kinder, die mehr als sieben Stunden am Tag betreut werden, je 100 Kinder in der gleichen Altersgruppe



Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern



„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Diese Zielsetzung des Grundgesetzes ist auch Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft.

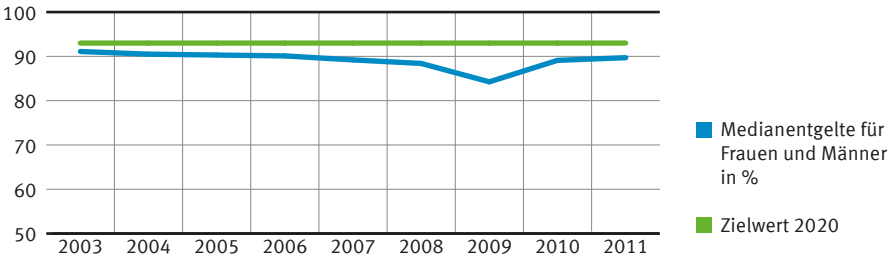
Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Die Entgeltunterschiede von Frauen und Männern in Thüringen sind nach wie vor vorhanden. Dies liegt unter anderem daran, dass viele Berufe geschlechtsspezifisch präferiert werden. Zudem gibt es Branchenunterschiede in der Entlohnung. Ein gewisser durchschnittlicher Entlohnungsunterschied wird dahingehend statistisch unvermeidlich bleiben. Anzustreben ist vielmehr eine qualitative Angleichung im Sinne von gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Als zentraler Indikator für Thüringen dient das Medianentgelt. Es stellt ein Maß für den mittleren Lohn dar und ist eine Alternative zum Durchschnittseinkommen. Es handelt sich um die Entgelthöhe, über/unter der jeweils die Hälfte der Entgelte liegt. Im Freistaat ist das Verhältnis des Arbeitsentgelts von Frauen und Männern seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2008 zuungunsten von Frauen gesunken: von 91,7 % auf 88,4 %. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede haben also bis 2008 zugenommen. Seit 2008 ist wieder ein leichter Anstieg des Arbeitsentgelts von Frauen im Vergleich zu den Verdiensten von Männern zu verzeichnen. Im Jahr 2010 erreichte das Arbeitsentgelt von Frauen 89,7 % des Arbeitsentgelts von Männern.

Im Bundesländervergleich ist festzustellen, dass im Durchschnitt der ostdeutschen Länder, mit einem Verhältnis von 96,4 % im Jahr 2010, nahezu Lohngleichheit herrscht. Thüringen muss hier also noch aufholen. Im Vergleich zu Gesamtdeutschland, wo das Arbeitsentgelt von Frauen im Jahr 2010 lediglich 78,9 % des Entgelts von Männern erreichte, stellt sich die Situation im Freistaat allerdings wesentlich besser dar.

Entwicklung der Medianentgelte für Frauen und Männer in Euro und %								
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Frauen	1.703	1.713	1.715	1.706	1.713	1.741	1.766	1.794
Männer	1.870	1.894	1.900	1.892	1.921	1.970	1.981	2.000
%	91,1	90,5	90,3	90,1	89,2	88,4	89,1	89,7

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)



Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen



Mit ihrer Entwicklungspolitik tragen die Industrienationen dazu bei, die weltweite Armut zu mindern, den Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. In dieser Verantwortung orientiert sich die deutsche Entwicklungspolitik am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung, die sich gleichermaßen in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Tragfähigkeit und politischer Stabilität ausdrückt. Der Indikator umfasst im Indikatorenbericht des Bundes die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE). Zur ODA zählen vor allem Ausgaben für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, humanitäre Hilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen [VN], EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken).

Das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, im Jahr 2010 eine ODA-Quote von 0,51 % zu erreichen, wurde deutlich verfehlt.

Entwicklungspolitik ist entsprechend der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes vorrangig Zuständigkeit des Bundes. Thüringen leistet wie alle Länder im Rahmen seiner Möglichkeiten und der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland.

Die Thüringer Landesregierung räumt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im Inland hohe Priorität ein. Dabei spielt das Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V., in dem über 20 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen mitarbeiten, eine wichtige Rolle. Ziel des Vereins ist es, Politik und Wirtschaft, Vereine und Initiativen wie auch Einzelpersonen in Thüringen zu vernetzen, um gemeinsam eine breite Lobby für entwicklungspolitische Fragestellungen zu schaffen.

Seit 2006 werden die Thüringer Entwicklungspolitischen Bildungstage (THEBiT) vom Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V. organisiert, koordiniert und in Zusammenarbeit mit den Akteuren der THEBiT beständig weiterentwickelt.

Darüber hinaus existieren in Thüringen weitere von Hochschulen, Kommunen und Vereinen getragene Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Die Thüringer Landesregierung wird ihre Aktivitäten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit fortführen und bestehende Aktivitäten im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen.

Einfuhren aus Entwicklungsländern



Für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind die Entwicklungsländer auf ein offenes und faires Handelssystem angewiesen, das ihnen ermöglicht, sowohl Rohstoffe als auch verarbeitete Produkte auf den Märkten der Industrie- und der Schwellenländer anzubieten. Als Indikator dafür, inwieweit dieses Ziel erreicht wurde, dienen die Einfuhrzahlen der Entwicklungsländer nach Thüringen.

Genau wie in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird dieser Indikator nur qualitativ bewertet und auf eine Zielvorgabe verzichtet.

Thüringen orientiert sich bei der Untersetzung an der DAC (Development Assistance Committee)-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete, welche auch beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Verwendung findet. Die hier verwendete Definition von Entwicklungsländern ist gültig für die Berichtsjahre 2011 bis 2013. Die aktuellsten vorliegenden Daten für Thüringen stammen aus der Außenhandelsstatistik für das Jahr 2010. Angewandt auf die DAC-Liste ergibt sich eine Einfuhr aus Entwicklungsländern in Höhe von ca. 1,08 Mrd. EUR, was ca. 15,9 % der gesamten Einfuhren nach Thüringen entspricht.

Übersicht über die Zielwerte zu den Thüringer Nachhaltigkeitsindikatoren

Stand: 20.09.2012

Nr.	Indikator	Angabe	Istwert Thüringen	Zielwert 2020	Herkunft Indikator
1.	Energieproduktivität	BIP/PEV	2010: 179,2 Mio EUR/PI	Steigerung um 20 % im Vergleich zu 2010	NNS
2.	Rohstoffproduktivität	Index BIP/Einsatz von abiotischem Primärmaterial 2000 = 100)	2008: 145,8	Steigerung um 60 % im Vergleich zu 2010	NNS
3.	Energiebedingter CO ₂ -Ausstoß	t/Jahr CO ₂ -Ausstoß aus dem Verbrauch fossiler Energieträger	2010: 16,8 Mio.t	Reduzierung um 10 % im Vergleich zu 2010	NNS
4.	Erneuerbare Energien				
a)	Anteil EE am Endenergieverbrauch	%	2010: 19,1 %	Steigerung auf 30 %	NNS
b)	Anteil EE am Nettostromverbrauch	%	2010: 23,1 %	Steigerung auf 45 %	NNS
5.	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	ha/Tag	2011: 5,1 ha/d	Möglichst ausgeglichene Bilanz zwischen Neuinanspruchnahme und Rückwidmung für natürliche und naturnahe Zwecke	NNS
6.	Repräsentative Arten	nach 4 Hauptlebensräumen gewichtete Bestandsentwicklung von 36 Vogelarten	2006: 100	2030: 181	NNS
7.	Struktureller Finanzierungssaldo	Euro/Einwohner	2011: – 53 €/EW	0,-	Äquivalenzindikator
8.	Schuldenstand je Einwohner	Euro/Einwohner	2011: 7.314 €/EW	Berichtsindikator; angestrebte Entwicklung: Verringerung, Steigerung maximal im Verhältnis zum Bevölkerungsrückgang	NNS
9.	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen	% Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) zum BIP	2008: 23,6 %	Berichtsindikator	NNS
10.	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	% Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Hochschulen in Relation zum BIP	2010: 2,26 % (vorläufiger Wert)	Steigerung auf 3 %	NNS
11.	30- bis 34-jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	%	2010: 36,4 %	Steigerung auf 40 %	NNS
12.	Studienanfängerquote	%	2010: 36,4 %	Steigerung auf 40 %	NNS
13.	Schulabschlüsse				
a)	18- bis 24-jährige ohne Abschluss	%	2010: 6,3 %	Verringerung auf 3,5 %	NNS
b)	Ausl. Schulabsolventen mit Schulabschluss	%	2010/2011: 88 %	Berichtsindikator; Angleichung an deutsche Schulabgänger	NNS

Nr.	Indikator	Angabe	Istwert Thüringen	Zielwert 2020	Herkunft Indikator
14.	BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen	Euro/Einwohner	2010: 22.313 €/EW	Berichtsindikator	NNS
15.	Betriebsleistung im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV	1.000 Personenfahrplan-km	2010: 101.000	Berichtsindikator	Äquivalenzindikator
16.	Beförderte Personen im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV	1.000 Fahrgästen	2010: 187.000	Berichtsindikator	Äquivalenzindikator
17.	Stickstoffüberschuss	kg/ha	2005: 66 kg/ha	Erhaltung Status quo (z.Zt. Berichtscharakter)	NNS
18.	Ökologischer Landbau	%	2010: 4,4 %	Steigerung auf 10 % (langfristig 20 %)	NNS
19.	a) Städtische Luftqualität Feinstaub (PM10)	µg/m³	2010: 23 µg/m³	Verbesserung des Jahresmittelwertes bezogen auf den Referenzwert von 21,5µg/m³	LIKi-Indikator
	b) Stickstoffdioxid	µg/m³	2010: 22 µg/m³	Verbesserung des Jahresmittelwertes bezogen auf den Referenzwert von 18,75µg/m³	LIKi-Indikator
	c) Ozon	Tage mit Überschreitung des 1-Stunden-Mittelwertes von 180 µg/m³	2010 : 1	0	LIKi-Indikator
20.	Vorzeitige Sterblichkeit	Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren/Jahr	2011 Männer: 252,8 Frauen: 116,1	Männer: 190 Frauen: 115	NNS
21.	Anteil der Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulung	%	Schuljahr 2010/11: 5,1 %	max. 5 % (keine Erhöhung)	Äquivalenzindikator
22.	Straftaten	Fälle je 100.000 Einwohner/Jahr	2011: 6.128	unter 6.300	NNS
23.	a) Erwerbstätigenquote	%	2011: 74,5 %	75 %	NNS
	b) Erwerbstätigenquote Frauen	%	2011: 71,2 %	73 %	NNS
	c) Erwerbstätigenquote Ältere (55 bis 64)	%	2010: 57,6 %	60 %	NNS
24.	Ganztagsbetreuung für Kinder				
	a) 0- bis 2-jährige	%	2011: 41,2 %	Erhaltung Status quo (z.Zt. Berichtscharakter)	NNS
	b) 3- bis 5-jährige	%	2011: 89,5 %	Erhaltung Status quo (z.Zt. Berichtscharakter)	NNS
25.	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Medianentgelte in %	2010: 89,7	93 %	NNS
26.	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	% Anteil der Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am BIP	Berichtsindikator	Berichtsindikator	NNS
27.	Einführen aus Entwicklungsländern	Mio. Euro/Jahr	2010: 15,9 %	Berichtsindikator; angestrebte Entwicklung: Steigerung	NNS

NNS: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie
Äquivalenzindikator: landestypischer Indikator
LIKi-Indikator: Länderinitiative Kernindikatoren

Bildnachweis

Stephanie Förster:

Titelbild, Seite 4

Thüringer Staatskanzlei:

Seite 4

Schutzbund der Senioren und Vorrüheständler Thüringen e.V., Fotofreunde Erfurt:

Seiten 6, 8, 9, 13, 14, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 31, 33

iStockphoto.com:

Seite 7: 12640604 @ hsvrs

Seite 27: 13101616 @ PhotoTalk

Seite 30: 19236362 @ Wicki58

Seite 32: 21956339 @ Studio-Annika

LaNaServ, Detlef Stremke:

Seite 10

Dr. Ch. Unger:

Seite 11

Fotolia.com:

Seite 12: 45393779 © Marco2811

Seite 15: 26268489 © WavebreakMediaMicro

Seite 17: 47028232 © contrastwerkstatt

Seite 19: 46870022 © chagin

Seite 34: 30605204 © Gina Sanders

Seite 36: 41834164 © Gerhard Seybert

Dr. Alexandra Stremke:

Seite 16

photocase.com:

Seite 18: 87024_plusss

Gerd Börner:

Seite 25

education4kenya:

Seite 35

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Thüringer Landesregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright:

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Herausgeber:

Freistaat Thüringen

Kontakt:

info@nachhaltigkeit.thueringen.de

Redaktion:

Geschäftsstelle der Staatssekretärsarbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung
c/o Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
Beethovenstr. 3

99096 Erfurt

Gestaltung und Satz:

Grafik & Design, Larissa Fritsche, Weimar

Druck:

Druckerei Schmauch, Floh-Seligenthal
Klimaneutral und unter Verwendung von Farben
auf der Basis nachwachsender Rohstoffe

Stand:

14.01.2013

Auflage:

3.000